

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Wolk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit v. 28. Sept. bis 4. Oktober 45 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.  
          { 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärts 25 Goldpf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.  
          { 905 nur Redaktion.

# Lübecker



# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 229

Dienstag, 30. September 1924

31. Jahrgang

## Frontbann und Stahlhelm.

### Die deutschen Komitatschis.

#### Neue Enthüllungen.

SPD. München, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bemühungen der Kreise um Ludendorff, dazutun, daß der Frontbann absolut offen und loyal aufgejogen worden sei, widerlegt am Montagmittag das Justizministerium durch Mitteilungen aus beschlagnahmten Briefen und Verfügungen des Frontbann-Kommandos. In einem dieser Briefe an einen jetzt verhafteten Frontbann-Führer heißt es u. a.: „Die Sache steht nun folgendermaßen: Röhm war beim Innenminister und will nun auch noch zum Reichsinnenminister gehen. Ebenso sind Verhandlungen mit Seede im Gange, um die ganze Geschichte in aller Öffentlichkeit aufzulegen zu können, ohne Gefahr laufen zu müssen, daß die Geschichte gleich mit dem ersten Aufruf, der in der Zeitung erscheint, ein Verbot erhält. Die Auslichten betreffs Gestattung sind nicht gerade schlecht, weil wir die ganze Sache als Abwehrmaßnahme gegen die Kommunisten hinstellen, auch ist der Presseaufsatz, den Schramm (Verteidiger Röhm im Hitler-Prozess, D. Red.) mit echt jesuitischer Verschlagenheit verfaßt hat, den Ludendorff ausforcigiert und genehmigt hat, so Staatsreue abgefaßt, daß der Herr Innenminister ganz erstaunt war, daß er uns anscheinend so lange verkannt hat...“ In einem weiteren Briefe, den Röhm an eine außerhalb Bayerns wohnende Persönlichkeit geschrieben hat, heißt es: „Sonst geht hier alles seinen alten Trott. Arbeit, die allmählich schon keine Beschäftigung mehr ist, wie ich es eigentlich liebe, und recht wenig Erfreuliches, d. h. nicht aus unserem Verband. Da scheint die Geschichte so langsam wieder hochkrabbeln zu wollen. Aber sonst hat man viel Ärger mit der Regierung und mit den übrigen Hochverrättern. Gestern war ich beim Herrn Innenminister und habe mich in empfehlende Erinnerung gebracht. Am Montag werde ich dem Ministerpräsidenten Grüß Gott! sagen. Nun, so hat man eben seine Sorgen um den Frontbann. Die Schweinebande wollte mir gleich die ganze Geschichte verbieten. Nun seht ihr es aber doch durch. Die Herren in Bayern, die werden staunen, wie Staatsreue ich auf einmal geworden bin.“

#### Die Rolle Ludendorffs.

Man sollte nach dieser Meldung fast annehmen, daß es der bayerischen Regierung ernst ist mit der Bekämpfung der völkischen Beschwörer. Daß dem nicht so ist, tritt darin zu Tage, daß der Hauptling dieser bewaffneten Banden noch immer weder von der bayerischen Regierung noch vom Oberreichsanwalt belästigt wird.

Dieser Hauptling, es ist kein anderer als Freund Ludendorff. Freilich jetzt, wo die Sache in unangenehme Berührung mit dem Staatsgerichtshof gekommen ist, verdrückt sich der Held wieder einmal. In der ganzen völkischen Presse erscheinen jetzt Erklärungen, wonach Hauptmann Röhm in der selbständige Führer des Frontbannes sei, Ludendorff selbst will nur eine Art Schirmherrschaft übernommen haben. Aber siehe da: der Aufruf, mit dem in der völkischen Presse, hier im Lübecker im Inseratenteil des „Generalanzeigers“ für den neuen Beschwörerband getrommelt wurde, ist unterzeichnet: „Auf Befehl: Hauptmann Röhm.“

Auf wessen Befehl mag der wackere Hauptmann wohl gehandelt haben? — Das Rätsel ist nicht schwer zu lösen.

Der Auftraggeber ist unschwer festzustellen. In der „Münchener Post“ vom 29. August wurden völkische Angriffe gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit dem Bemerken zurückgewiesen, die Organisation habe lediglich den Zweck, Deutschland vor einem Chaos zu bewahren, in das es durch die fortgesetzten Putschversuche der Hakenkreuzler stürzen müßte. Wörtlich heißt es dann weiter:

„In ein solches Chaos müßte auch die von Ludendorff gegründete Organisation „Frontbann“ führen, deren Dienstvorschriften nur für den Dienstgebrauch Verwendung finden dürfen. Sie enthalten unter anderem interessantes Material, das nicht veröffentlicht werden kann, auch eine Verpflichtung und einen Fahneneid, der von jedem einzelnen zu leisten ist und den folgenden Schlußsatz enthält: „Ich gelobe meinem Führer Ludendorff, den von ihm ernannten Unterführern und meiner Fahne Treue und Gehorsam bis in den Tod.“

Die „Münchener Post“ bezeichnete also ausdrücklich Ludendorff als den Gründer der Organisation und brachte als Beweis dafür den Fahneneid bei, in dem die Vereidigung — wie sie in der Kriegszeit auf die Person des Kaisers vorgenommen wurde — auf den „Führer Ludendorff“ erfolgt. Die Oberleitung des „Frontbanns“ bestatigte damals in aller Form, daß die Ausführungen der „Post“ den Tatsachen entsprechen. Sie fandte dem süddeutschen offiziellen Organ der Nationalsozialistischen Reichspartei, dem „Völkischen Kurier“ eine Zeitschrift, die dort am 1. September veröffentlicht wurde. In dem Schreiben heißt

es in Bezugnahme auf die „von Ludendorff gegründete Organisation Frontbann“:

„Die Oberleitung hat keinen Anlaß, die Gründung des Frontbanns der „Münchener Post“ gegenüber zu entschuldigen. Im übrigen stellt der Frontbann nichts anderes als den Zusammenschluß vereinsregisterlich eingetragener völkischer Verbände dar, die sich die Aufrechterhaltung der Tradition der alten Armee zur Aufgabe gemacht haben.“

Weber die Führerschaft Ludendorffs nach der Wortlaut des Fahnenoides wird in dem Schriftstück zurückgewiesen, ein Beweis dafür, daß man in den ersten Tagen des Septembers bei den Völkischen nicht daran dachte, die Verantwortlichkeit Ludendorffs abzulegen. Wenn das jetzt geschieht, nachdem die bayerische Regierung bezweifelt hat, daß der „Frontbann“ lediglich den „Zusammenschluß vereinsregisterlich eingetragener völkischer Verbände“ darstelle, und den Staatsgerichtshof mit einer Unterbrechung des „Frontbanns“ betraut hat, so geht daraus hervor, wie schlecht das Gewissen der deutschvölkischen Führer ist. Ludendorff selbst zeigt sich wieder einmal im vollsten Glanz seiner persönlichen Eigenschaften. Wie nach dem Rapp-Putsch und nach dem Hitler-Putsch läßt er auch diesmal seine Opfer in der Patzschließen. „Treue und Gehorsam bis in den Tod“ läßt er die seinen schwören, er selbst aber desertiert jedesmal bei der ersten schmerzlichen Gelegenheit. Das war schon so, als er den Weltkrieg verloren hatte, und das ist auch heute noch so geblieben. In diesem einen Punkte wenigstens beweist er eine fanatische Treue.

#### Auch Hitler beteiligt.

München, 29. September.

Das Justizministerium teilt mit, daß gegen den Beschluß, Hitler und Kriebel am 1. Oktober Bewährungsfrist zu bewilligen, die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt hat.

Maßgebend hierfür war ausschließlich das Verhalten der Beurteilten nach ihrer Verurteilung. Ermittlungen der Polizeidirektion rechtfertigen die Annahme, daß die früher im Kampfbund zusammengeschlossenen drei Verbände „Sturmabteilungen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“, „Reichskriegsflagge“ und „Oberland“ dem Verbote des früheren bayerischen Generalkriegsministeriums vom 9. November 23 zuwider fortgeführt wurden und in dem „Frontbann“ eine neue unter die Strafvorschrift des § 7 Nr. 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik fallende Kampforganisation geschaffen worden ist.

Das Amtsgericht München hat deshalb schon Mitte dieses Monats gegen mehrere Beschuldigte auf Grund des § 7 Nr. 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik Haftbefehle erlassen. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik über die Beschwerden gegen diese Haftbefehle stehen noch aus. Inzwischen ist weiteres belastendes Material angefallen. Schriftstücke, die unter Umgehung der vorgeschriebenen Briefkontrolle aus der Festungsanstalt Landsberg herausgeschmuggelt worden sind, begründen den dringenden Verdacht, daß außer Dr. Weber auch Hitler und Kriebel an der Sache erheblich beteiligt sind.

Unter diesen Umständen sah sich die Staatsanwaltschaft verpflichtet, die Entscheidung des Obersten Landesgerichtshofes nachzusehen und zu beantragen, daß zur Zeit den Beurteilten eine Bewährungsfrist verweigert oder wenigstens die Entscheidung über die Bewilligung einer Bewährungsfrist bei Hitler und Kriebel ebenso wie bei Dr. Weber bis zur weiteren Klärung des Sachverhaltes in den anhängigen Strafverfahren ausgesetzt wird.

#### Nächste Feldübungen des Stahlhelms

SPD. Görlitz, 29. Sept. (Eig. Drahtber.)

Die „Görlitzer Volkszeitung“ berichtet, daß in der Nacht zum letzten Sonntag bei Seidenberg, Kreis Lauban, dicht an der tschecho-slowakischen Grenze, die Stahlhelmer des Görlitzer Bezirkes in Stärke von einigen hundert Mann eine Nachübung mit Bimais abgehalten haben. Von 10—11 Uhr knatterte fortgesetzt Maschinengewehre und Infanteriegewehre. Die erste Schießerei entwickelte sich in der Gegend der Dörfer Treiben fortgesetzt. Ein Gutsbesitzer der Gegend soll anfänglich des Abmats ein Schwein geschlachtet und den Leuten zur Verfügung gestellt haben. In der Nacht zum Sonntag, dem 28. September, wurde die Schießerei in den Gegenden Biesnik-Kunewitz unweit der Landesgrenze fortgesetzt. Bei dieser Gelegenheit wurden der Stahlhelmer sind, wie festgestellt werden konnte, 4 Maschinengewehre und mindestens 100 Infanteriegewehre oder Karabiner verwendet worden. Ein großer Teil der Stahlhelmer befand sich in selbstmarischmäßiger Ausrüstung, während die Führer in früheren Friedensuniformen und teilweise heritten waren. Am Sonntag spät nachmittags rückten die Stahlhelmer in einzelnen Trupps von etwa 200 Mann in geschlossener Marschordnung fast bis in die Stadt Görlitz ein. Erst am Bahnhof, auf der Berliner Straße, löste sich ein Trupp von etwa 40—50 Mann, langsam auf.

Wäher kommen die zu den Schießereien benutzten Maschinengewehre und Infanteriegewehre?

## Das Problem der Arbeiterbildung.

Zum diesjährigen Arbeitsbeginn der Lübecker Volkshochschule.

S. Lübeck, 30. September,

Wenn wir heute vom „Problem der Arbeiterbildung“ sprechen, so tun wir das in einem umfassenderen Sinn, als man es etwa vor zehn Jahren noch getan hätte. Damals war die Frage verhältnismäßig einfach; sie beschränkte sich darauf: Wie bringen wir die Bildung, deren sich die bestehenden Klassen erfreuen, den Massen des arbeitenden Volkes nahe?

Heute liegt die Frage erheblich schwieriger. Die „Bildung“ selbst ist problematisch geworden, und niemand empfindet das stärker als die „Gebildeten“. War man noch vor wenigen Jahrzehnten stolz auf alles, was man wußte, und wiegte sich in dem Gefühl der geistigen Ueberlegenheit über die „Ungebildeten“, so ist die Stimmung heute gerade in intellektuellen Kreisen eine durchaus andere.

Man hat erkannt, daß alle Kenntnisse, alles angelesene Wissen den Menschen nicht „gebildet“ hat, daß es an der Oberfläche blieb, dem Menschen nicht Richtung und nicht Berechtigung gewähren konnte, daß es eine „Bildungsflüge“ war, wie es Dr. Buzl, der neue Leiter unserer Volkshochschule am Donnerstag in seinem ausgezeichneten Vortrag scharf und wahrhaftig aussprach.

Anders und doch bis zu einem gewissen Grade ähnlich liegen die Dinge bei der Arbeiterbildung.

Seitdem die Sozialdemokratie besteht, ist sie unermüdlich bestrebt gewesen, Wissen und Erkenntnis in die Arbeiterklasse einzutragen, war „Revolutionierung der Köpfe“ ihr Ziel. Überall waren und sind Bildungsausschüsse an der Arbeit, Vorträge werden gehalten in jeder kleinen Gruppe. Eine Arbeit ist geleistet worden und wird geleistet, von deren Ausmaß nur die Wenigsten eine rechte Vorstellung haben. Und die sie geleistet haben, waren von bestem Willen und ehrlicher Hingabe geleitet.

Und doch ist der Erfolg nicht befriedigend; das empfinden die Arbeiter selbst am klarsten. Mit mancher anderen bitteren Enttäuschung, die wir in den letzten zehn Jahren erlebt haben, ist es wohl jedem denkenden Genossen klar geworden, daß die geistigen Kräfte der Arbeiterklasse noch längst nicht in dem Maß entwickelt sind, wie wir es noch vor dem Kriege gehofft und geglaubt hatten. Überall fehlten uns die geistigen Kräfte, wo wir sie brauchten, und auch in den proletarischen Massen selbst fehlte die zelflere Solidarität. Wir brauchen nicht alte Wunden aufzureißen; ein jeder wird aus eigener Erfahrung des Betrübbenden genug wissen. So viel ist gewiß, der unendliche Schatz an geistiger Kraft, der in den breiten Massen des Proletariats schlummert, er ist zum größten Teil noch ungehoben. Und keine dringendere Aufgabe gibt es für die Zukunft des Sozialismus als die Befreiung und Entwicklung dieser geistigen Kräfte.

Woran liegt es nun, daß wir vor einem Resultat stehen, das uns nicht genügen kann. An der Erkenntnis, daß die Verbreitung von Wissen, die kulturelle Hebung des Proletariats eine Aufgabe ist, nicht weniger dringend als der politische und gewerkschaftliche Kampf, hat es in der Partei nie gefehlt. An bestem Willen auch nicht.

Es lag an den Methoden, nach denen man arbeitete und heute noch oft arbeitet, an der Beschränkung der Bildungsarbeit auf ständig wechselnde Vorträge. Gewiß sind Vorträge gut und nützlich. Sie erweitern den Gesichtskreis des Hörers, sie bringen ihm wertvolles Wissen.

Aber dieses Wissen bleibt eben doch ungenügend; es kann bei dem stets wechselnden Thema niemals richtig verarbeitet werden, es bleibt eine Bildung, die mit der „Bildungsflüge“ der bürgerlichen Gesellschaft eine verzweifelte Ähnlichkeit hat. Es schafft keine im eigentlichen Sinne des Wortes „gebildete“ Persönlichkeit, es befähigt seinen Träger nicht, zu neuen Fragen, neuen Aufgaben selbständige Stellung zu nehmen.

Kenntnisse, und zwar möglichst umfangreiche Kenntnisse, sind notwendig für jeden, der in Partei oder Gewerkschaft seinen Mann stehen soll. Aber die Kenntnisse allein genügen nicht; sie bleiben wertlos, steht nicht die geistig gereifte Persönlichkeit dahinter, die fähig ist, von einer geschlossenen Weltanschauung her mit logischer Schärfe und Klarheit jedes praktische Problem anzupacken und die klare Lösung zu finden.

Dieses Denken lernen, das ist die zentrale Aufgabe der Arbeiterbildung, wie jeder Bildung überhaupt. Daß so mancher Proletarier es doch erreicht hat, daß er neben angestrengter körperlicher Arbeit die Kraft aufgebracht hat, sich selbst zu weiten, sicher geistiger Selbstständigkeit durchzuführen, ist um so bemerkenswerter.

Einen größeren Kreis zu diesem Ziel zu führen, Menschen zu „bilden“ in dem hier dargelegten Sinne, ist Sinn und Aufgabe der Volkshochschule.

Die Volkshochschulbewegung ist ein Kind der Revolution von 1918. Daß sie es ist, beweist, daß es sich bei dieser Revolution doch um mehr gehandelt hat, als um einen „Zusammenbruch“ des alten Systems, daß auch ein Stück geistiger Revolution in ihr feste.

Die Volkshochschule ist ein wesentlicher Schritt vorwärts in geistigen Befreiungskampf des Proletariats. Sie ist noch längst nicht unser Ideal; aber sie ist doch eine Stätte, die jedem geistig vorwärtstrebenden Proletarier den Weg zur vollen Menschwerdung ungeheuer erleichtert.

Daß gerade unsere Lübecker Volkshochschule hier auf dem rechten Wege ist, beweist der schon erwähnte Vortrag ihres

nenen Leiters. Nicht nur, daß er der alten Methode der sogen. „Volkshilfsvereine“ scharf und nachdrücklich abspatzte, auch sein positives Programm für die kommende Winterarbeit läßt das Beste erwarten.

Der Nachdruck der Lehrarbeit ist in die „Arbeitsgemeinschaften“ gelegt, in denen der Lehrende im engsten geistigen Austausch mit den Hörern ein wissenschaftliches Problem durcharbeiten wird. Das gibt dem Lernenden natürlich ungleich größere Möglichkeiten zum geistigen Bewältigen wissenschaftlicher Fragen und zur selbstständigen Stellungnahme als das Entgegennehmen eines Vortrages.

Auch die Eitlerdarung und das Anpacken des Stoffes, der in den Kurzen bewältigt werden soll, erscheint in hohem Maße zweckmäßig. Neben der Naturwissenschaft (Astronomie, Erdgeschichte, Biologie, Menschenkunde) und der Sozialwissenschaften (Volkswirtschaft und verwandte Gebiete) wird auch die Kunst wesentlich berücksichtigt werden. Wir begrüßen das; denn auch wir wollen keine reine Verstandesbildung, sondern eine harmonische Ausbildung des ganzen Menschen.

Wir dürfen also dem Leiter glauben, daß es ihm ernst ist mit seinem Bestreben, die Volkshochschule immer mehr zu einer wirklichen „Hochschule“ des Volkes zu machen. Daß sie schon bisher in hohem Maße ihren Aufgaben gerecht geworden ist, bezeugte uns ein warmer Appell des Vertreters der Hörerschaft, immer neue Kreise für das Werk zu gewinnen.

Wir können diesen Appell nur aus Wärmste unterstützen. Die Volkshochschule ist dem geistigen Befreiungskampf der Lübecker Arbeiterklasse gewidmet. Wir dürfen das Werk, das wir begonnen und — wenn auch nicht allein — geschaffen haben, nicht im Stich lassen.

Aber das ist nicht das Entscheidende. Wir alle streben aufwärts zu höherer Erkenntnis, zu höherem Menschentum. Wir wollen an Einsicht gewinnen, wir wollen bessere Kämpfer werden, wir wollen geistiges Rüstzeug sammeln für den Kampf um den Aufstieg der Arbeiterklasse.

Nichts ist von größerer Wichtigkeit für die Entscheidung dieses Kampfes, als daß das Proletariat aus sich selbst Männer und Frauen hervorbringt, die die geistige Kraft und Ausbildung haben, um den Kampf aufnehmen zu können. Wir brauchen solche Menschen als Führer in dem Kampf; wir brauchen sie fast noch dringender in jeder Werkstatt und Fabrik.

Denn nicht im Parlament wird das Ringen entschieden werden, sondern in den Betrieben selbst. So wichtig es für die Arbeiterbewegung ist, zirkelartige und taktische Führer zu haben, entscheidend für die Vermittlung des Sozialismus ist die geistige Reife der proletarischen Massen.

Darum benutzt die Möglichkeit, die Euch hier geboten ist, ihr jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, und alle, die Ihr Euch jung fühlt, die Ihr glaubt noch lernen und geistig fortschreiten zu können! Auch die geistig Lebendigen, die in den Nachbarorten wohnen, in Meisling und Schwartau, und wo es sonst sei, sollen die Nähe nicht scheuen, einmal in der Woche in die Stadt zu fahren, um ihren Geistesreichtum zu erweitern, teilzunehmen an der geistigen Arbeit, die hier geleistet wird.

In Euch alle, an alle, die vorwärts streben, die noch Kraft und Mut zu zeitigem Ringen haben, die mehr wollen von ihrem Leben als einträgliche Arbeit und leichtes Vergnügen, an Euch geht darum der Ruf:

Sinein in die Volkshochschule!

## Hinter verschlossenen Türen.

Der Parteitag der Deutschnationalen.

Hinter verschlossenen Türen wurde gestern der Parteitag der Deutschnationalen eröffnet. Man kann es dieser Partei der Unschlüssigkeit nachsagen, daß sie sich schämen muß, auch nur einen Teil ihrer Verhandlungen der Öffentlichkeit preiszugeben. Dazu ist das Gewissen denn doch zu schlecht. Was schließlich in der nachfolgenden Meldung herauskommt, stellt nichts dar, als den Hunger nach Regierungssitzen. Vielleicht zeigt sich darin das Bestreben, von politischen Grundfragen, die man nachher doch immer wieder verleugnen muß, möglichst wenig Gebrauch zu machen. Der Streit nach dem Bürgerstad ist das einzige, was man zu äußern mag. Wenn man nur die Rechnung nicht wieder einmal ohne den „Wirt“ gemacht hat.

Berlin, 30. September. (Radio.)

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Montagabend nach mehrtägigen Beratungen beschlossen, daß sie sich Verhandlungen über die Regierungsumbildung nicht verweigern wird, falls die Regierung wegen dieser Angelegenheit an die Fraktion herantreten würde. Für die eventl. Verhandlungen würden von der Fraktion die Abgeordneten Hergt, Graf Westarp, Schiele und Behrens bestimmt. Graf Westarp und Hergt haben am 29. August gegen das Dawes-Abkommen gestimmt, Behrens war dafür und Schiele gehörte zu jenen, die infolge Erkrankung an der Abstimmung nicht teilnehmen konnten.

## Wieder ein Kommunistenprozess.

Unethische Methoden eines Untersuchungsrichters.

Leipzig, 27. September.

Seit Donnerstag beschäftigte sich der Staatsgerichtshof mit einem Hochverratsverfahren gegen eine Anzahl württembergischer Kommunisten. Diese wurden in einem Theater-Restaurant verhaftet, als sie zur Zeit des Verbots der KPD eine geheime Versammlung abhielten. Es handelt sich ohne Zweifel um eine illegale Gruppe der KPD. Die Angeklagten bestreiten, daß sie irgendwie gegen das Gesetz verstoßen und politische Angelegenheiten besprochen hätten. Sie wollen lediglich eine Unterstützung der Sozialistengefangenen in Württemberg besprochen haben. Aus beschlagnahmten Papieren geht jedoch hervor, daß es sich tatsächlich um die Verammlung einer illegalen Gruppe gehandelt hat. Die Verhaftung der Stuttgarter Kommunisten ist damals sofort auf dem Wege über Mannheim, der Süddeutsche Zeitung in Frankfurt gemeldet worden. Die Stuttgarter haben darauf eine klare Küge erhalten. Es wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, daß die Sicherung dieser Verammlung verstoßen war und daß sich die Teilnehmer ohne Widerstand ergeben haben. Schließlich wurde angedroht, daß die Zentrale in ähnlichen Fällen gegen die Genossen wegen Treibens vorgehen werde.

Das der umfangreichen Zeugenvernehmung interessiertes besonders die Aussagen der Einzugsgenossen König und Diener an. Einzigartig, die beide früher Kommunisten waren und die Angeklagten fast belächeln. Diener ist als Spiegel benutzt worden. Die Aussagen beider erwiderten den Eindruck der Unklarheit. In der Sache der Landgerichtspräsident Böhmer aus Stuttgart verurteilt, der beide Zeugen als durchwegs glaubwürdig bezeichnet und ausdrücklich Diener herausstrich. Ein Angeklagter fragte diese Zeugen, auf welche Weise der damals ebenfalls in Untersuchung befindliche Kommunist Schneider mit einer Sozialdemokratischen Partei erhalten konnte, auf dem Grunde von Diener angefordert wurde, ihm mitzuteilen, wer der Verhaftungsorgan gewesen sei. Diener bezeichnete sich auf diesen Zeitpunkt als der württembergische Oberleiter der Verlegung.

Abklärung. Der Untersuchungsrichter gab daraufhin zu, daß er diesen Zeitel zensiert, genehmigt und weitergegeben habe. Der Verteidiger Dr. Sedel stellte fest, daß ein derartiger Fall wohl — gottseidank! — zum ersten Male vorgekommen sei, und beantragte Protokollierung der Aussage des Untersuchungsrichters. Der Staatsgerichtshof schloß sich diesem Antrage an.

Das Urteil lautet: Heymann 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, 300 Mark Geldstrafe; Schmid 3 Jahre Gefängnis, 200 Mark Geldstrafe; Franke 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 200 Mark Geldstrafe; Groß 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 200 Mark Geldstrafe; Müller-Schön 2 Jahre Gefängnis, 200 Mark Geldstrafe; Schreiber 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe; Weder 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe; Zwider 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe; Raub 1 Jahr Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe; Delsner 1 Jahr Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe.

Bei Schmid werden 7 Monate der Untersuchungshaft angerechnet, weil er nur diese Zeit in Untersuchungshaft war, während allen übrigen 8 Monate angerechnet werden. Auch wird die Geldstrafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Die Verteidigung hatte Bewährungsfrist beantragt. Sie ist ungegültig für den Staatsgerichtshof. Der Staatsgerichtshof hat die Theaterrestaurantverammlung als eine hochpolitische Vereinigung der württembergischen Funktionäre der KPD, angesehen und Verbrechen entsprechend § 74 des Republikstrafgesetzes in Tateinheit mit § 86 des Strafgesetzbuches, Vorbehalt zum Hochverrat, schon dadurch angenommen, daß sich die Angeklagten verammelt haben, um zu beraten, was während des Verbots der Kommunistischen Partei zu geschehen hätte. Im übrigen hat der Staatsgerichtshof in der vorliegenden Anklage einen mildernden Fall gesehen, so daß eine Zuchthausstrafe nicht zu verhängen war.

Auch dieses Urteil halten wir für viel zu scharf. — Einen Gipfel der Justizschand bedeutet aber das Verhalten des Untersuchungsrichters, der sich in einem, doch relativ harmlosen, Fall der gemeinsten Methoden des Hochverratsverfahrens bedient hat. Ein Richter, der einen so tiefen Stand moralischen Empfindens darstellt, hat das Recht verliert, weiterhin Recht sprechen zu dürfen. Ein Disziplinarverfahren gegen ihn ist unbedingt geboten. Leider fürchten wir, daß in dem reaktionär regierten Württemberg nicht einmal ein solch widerwärtiger Fall die Regierung zum Einschreiten bewegen wird. So geht die deutsche Justiz unauffällig in den Abgrund.

## Geneppe Patrioten.

Etwas von denen, die nicht alle werden.

München, 29. September. (Gg. Drahtb.)

Vor dem Schöffengericht in Memmingen (Allgäu) begann Ende der vorigen Woche ein Prozeß gegen den angeblichen Geschäftsführer der „Deutschen Ehrendenkmünze für den Weltkrieg“, den ehemaligen Hauptmann Hering, der wegen fortgesetzten Beitrages angeklagt ist. Nach der Anklageschrift hat Hering durch eine Reihe von Einzelhandlungen in betrügerischer Absicht das Vermögen anderer durch Vorwegnahme falscher Tatsachen geschädigt. Seit 1921 betreibt er die Herausgabe einer deutschen Ehrendenkmünze für den Weltkrieg. Diese Münze wurde zuerst im Auftrage des Bundes nationalangelegener Soldaten herausgegeben, später übernahm der Angeklagte selbst den Vertrieb und zwar zuerst von Berlin aus und dann von Buzheim bei Memmingen. Als Entgelt für die Münze, die einen Wert von einer Mark hat, war nach der Stabilisierung zunächst der Betrag von 2,10 Mk. und später von 2,85 Mk. angelegt, die der Erwerber zu zahlen hatte. In den Antragsformularen, die den Antragstellern zugesandt wurden, ist auch die Bitte um freiwillige Gaben zur Durchführung des großen vaterländischen Werkes der deutschen Ehrendenkmünze ausgesprochen. Ferner hat der Beschuldigte Gutschne herausgegeben, die auf je 2 Mark lauten, und auf denen vermerkt ist, daß der Wert der nicht eingelösten Gutschne in einen Fonds fließt, der die Verleihung der Denkmünze an wirtschaftlich Schwache ohne Entgelt bezweckt. Durch diese Aufforderung zur Zahlung über den eigentlichen Entgelt für die Denkmünze hinaus gingen sehr erhebliche Beträge ein und zwar vom September 1923 bis September 1924 ungefähr 15000 Goldmark. Der Angeklagte hat diese Beträge nicht im Sinne der Geber verwendet, sondern ausschließlich zur Deckung seiner persönlichen Bedürfnisse. Das trug ihm die Anklage wegen Betruges ein; außerdem schwebt gegen ihn noch ein Verfahren wegen Devisenschlebung nach Holland.

Bei seiner Vernehmung gab der Angeklagte in langen Ausführungen Aufschluß über die Gründung der „Ehrendenkmünze“. Bei dieser Gründung führte er seinerzeit eingehende Verhandlungen mit dem Grafen Wolke, dem Flügeladjutanten des Kaisers. Der Verband Nationalangelegener Soldaten hat, da die Reichsregierung die Herausgabe der Denkmünze damals ablehnte, sich daran beteiligt und einen besonderen Ordensrat, bestehend aus Mitgliedern, eingesetzt. Der Angeklagte behauptet, daß er eigentlich zu der Sache gedrängt worden sei. Nach dem Rathenau-Mord habe er auf Grund des Republikstrafgesetzes mit der Ordensstelle und ihrem Stabe bei Nacht und Nebel aus Berlin abziehen müssen. Sie ging auf Einladung des Grafen Malbott von Buttenheim nach Buzheim bei Memmingen. Dort wurde eine Villa für die Ordensstelle gemietet. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum die Ordensstelle 20 Leute zu ihrer Bedienung gebraucht habe, erwiderte der Angeklagte, das Gericht möge sich überzeugen von der Menge der täglich einlaufenden Post. Diese müßte jeden Tag auf Leiterwagen in die Geschäftsstelle befördert werden. Die Zahl der Ritter des Ordens betrug am 25. Juli dieses Jahres 22000 und steigt angeblich fortgesetzt. Die Vernehmung, in Vertretung des Kaisers zu zeichnen, leitet der Angeklagte aus der nicht unmittelbaren Vermittlung des kaiserlichen Flügeladjutanten ab. In Briefen, die der Angeklagte vorweist, gibt Graf Wolke der Freude über den guten Fortschritt des Ordensgeschäftes Ausdruck. In diesem Sinne habe sich auch der Kaiser geäußert. Der Angeklagte hat auch Ludendorff den Orden übermitteln und ihn zum Ehrenmarschall ernannt. Ludendorff hat in einem Antwortschreiben für die Überreichung des „von Seiner Majestät gebilligten“ Ordens gedankt. — Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

## Eine geflohene Finanzgröße.

Castiglioni, das österreichische Finanzgenie.

Berlin, 28. September.

Aus Wien wird gemeldet, daß der Bankpräsident Castiglioni mit zwei seiner Direktoren seit Donnerstag verschwunden sind. Das Verschwinden Castiglionis soll im Zusammenhang stehen mit der Untersuchung des Wiener Landgerichtes, die sich auf die Spiritusaffäre der zusammengebrochenen Depositenbank Castiglionis bezieht. Ebenso haben führende Aktionäre schon vor einiger Zeit gegen Castiglioni die Behauptung erhoben, daß der Gewinn aus dem Spiritusgeschäft der Depositenbank unter Benachteiligung der Bank auf dem Umwege einer eigenen Gesellschaft in seine Tasche fließen ließ. In der vorigen Woche ließ der Untersuchungsrichter des Wiener Landgerichtes die auf Castiglioni bezüglichen Akten teilweise verschwinden. Der Untersuchungsrichter hat deshalb angeklagt gegen den früheren Präsidenten der Depositenbank und gegen den Generalbevollmächtigten Castiglioni Haftbefehl erlassen. Als dieser Befehl ausgeführt werden sollte, stellte sich heraus, daß sie bereits seit längerer Zeit aus Wien verschwunden sind.

## Das deutsche Memorandum übergeben.

SPD. Paris, 29. Sept. (Gg. Drahtbericht.)

Am Montag vormittag, kurz vor Zusammenritt des französischen Ministerrats, erschien der deutsche Botschafter von H. bei Ministerpräsident Herriot und übergab ihm das Memorandum der Reichsregierung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wie wir erfahren, stellt das Schriftstück keine Bedingungen auf, sondern es erklärt lediglich die deutsche Haltung in der Form von Anfragen. Die Kriegsschuld darin nicht ausdrücklich erwähnt, sondern nur indirekt gestreift. Der deutsche Botschafter gab zu dem Memorandum weitläufigere Erklärungen und betonte den entgegengesetzten und aufrichtigen Willen Deutschlands, im Völkerbund zu arbeiten. Herriot erbat sich angesichts der Wichtigkeit der Materie eine gewisse Frist zur Beantwortung des deutschen Schriftes. Es wird angenommen, daß das deutsche Memorandum bei der Sitzung des Kabinetts am Montag nachmittag im Zusammenhang mit dem Genfer Sitzungsprotokoll zur Größe gelangt ist, daß aber eine endgültige Stellungnahme erst in nächster Kabinettsitzung am Donnerstag erfolgen wird.

Gleichzeitig mit dem Schritt des deutschen Botschafters in Paris, übergaben die deutschen Vertreter in London, Rom und bei den anderen Hauptmächten des Völkerbundes die gleiche Denkschrift.

Ueber den Inhalt der Instruktionen wird deutscherseits Schweigen beobachtet, wie auch die fremden Regierungen getarnt worden sind, die deutschen Anfragen und Darlegungen zur Beurteilung von Störungen nicht bekannt zu geben.

Trotzdem ist, wie schon berichtet, doch so viel davon in ausländische Presse gelangt, daß man in der ganzen Welt höchst abfällige Kritik an das deutsche Vorgehen knüpft.

## Von der Internationale.

Die Tagung des Londoner Exekutivkomitees.

London, 30. Sept. (Radio.)

Die Exekutive der Internationale nahm in der Montag-Sitzung den von Adler erstatteten Bericht des Londoner Exekutivkomitees über die Durchführung der in Wien gefassten Beschlüsse entgegen. Eine wichtige Neuerung ist ein mehrmals regelmäßig erscheinendes wöchentliches „Presse-Bulletin der Internationale“. Dem Bericht wurde einstimmig zugestimmt. Hierauf fand Erörterung der internationalen politischen Lage statt. Darunter berichtete über seine Balkanreise und wies auf die Gefahren für den Frieden durch die durch den Krieg und Friedensverträge hervorgerufenen Bevölkerungsbewegungen dem Balkan hin. Angeklagte der hierdurch heraufbeschworenen Gefahren fordert die Exekutive auf Grund eines einstimmigen Beschlusses alle angeschlossenen Parteien, insbesondere die teilen Frankreichs und Englands auf, alle Anstrengungen zu machen durch Vermittlung des Völkerbundes die Minoritätsrechte dem Balkan wirksam zu gewährleisten. Außerdem wurde Forderung nach Heimstätten für das armenische Volk erneuert.

## Ein Manifest der Internationale.

London, 30. September. (Radio.)

Das Manifest, das die Internationale aus Anlaß des 60. Jahrestages der Gründung der ersten Internationale an die Arbeiter aller Länder richtet, erinnert an die Prinzipien, die Formulierung in der Inauguraladresse vor 60 Jahren gehabt haben und an die Erfolge, die die Arbeiterbewegung seitdem sozialpolitischen, genossenschaftlichen und politischen Gebieten errungen hat. Das Manifest unterstreicht dann, daß die Welt Herrschaft der Arbeiterklasse noch in keinem Lande erreicht ist. In großen Linien werden dann die Aufgaben und Ziele skizziert, die im Einklang mit der Inauguraladresse auch nach von der Arbeiterklasse zu verfolgen sind. Das Manifest fordert dann besondere Grüße denjenigen Genossen, die auch seit über 60 Jahren in den Kerkern der Reaktion schmachten. Allem in den Kerkern des Faschismus, und gibt zum Ausdruck der Freude Ausdruck über das Wachstum und den Aufstieg der internationalen Arbeiterbewegung, um alle noch fernstehenden zurufen zum Anschluß an die Organisation aller Länder.

## Die Militärkontrolle des Völkerbundes.

Genf, 28. September.

Der Völkerbundsrat hat am Sonnabend in einer Geheimnisvollen Sitzung den Plan der Militärkontrolle des Völkerbundes für die bündelnden Staaten einstimmig und einstimmig angenommen. Die Kontrolle ersetzt die interalliierte Kontrolle, sobald die alliierten Mächte erklären, daß ihre Aufgabe erfüllt ist. Der Rat wird zuerst auf Österreich, Ungarn und Bulgarien angewendet. Später erst auf besonderem Ratshel auch auf Deutschland. Die Grundzüge der Militärkontrolle sind:

1. Die Kontrolle ist nur wirksam, wenn ihr die größte Dehnung gegeben wird. Daraus ist sie auch anzuwenden die entmilitarisierten Zonen und alle Friedenspaktbestimmungen über militärische Rüstungen, militärpolitische Organisation, über die Effektiv-Bestände der bestehenden Kriegsmaterialfabriken usw.
2. Unparteiliche Untersuchung.
3. Die Kontrolle muß überraschend geschehen. Das Kommissariat ist:

- a) Der Völkerbundsrat beschließt die Kontrolle.
- b) Die ständige Militärkommission bereitet alles vor.
- c) Die Sachverständigenkommission führt die Untersuchung aus.

Für die Untersuchung werden schon im voraus Sachverständige benannt für Flugzeuge, Kriegsschiffe und für Herstellung von Kriegsmaterial jeder Art. In der Kommission sind alle Nationalitäten vertreten. Die Kontrollkommission hat die größte Bewegungsfreiheit, um unvermutet die Kontrolle führen zu können.

## Politische Notizen.

Kopenhagen, 30. September. (Radio.) Ortsvorstand und teilschlüssig der dänischen Sozialdemokratie haben in Sitzung zur politischen Lage in Dänemark Stellung genommen. In einer Resolution fordern sie von der sozialdemokratischen Regierung energische Verfolgung des sozialdemokratischen Kampfes für den sich nunmehr 2 Wahlen ausgesprochen haben. Sie fordern die Regierung in ihrer Reformarbeit die weitestgehende Unterstützung zu und fordern sie wie die Wählerchaft auf, sich aufzuhalten vorzubereiten, für den Fall, daß das Bürgerturn in bin das Arbeiten der sozialdemokratischen Regierung haben sollte.